

Der prozessuale Durchgriff

Die Nutzung forumansässiger Tochtergesellschaften
in Verfahren gegen ihre auswärtigen
Muttergesellschaften im Recht der USA,
der Europäischen Gemeinschaften und
der Bundesrepublik Deutschland

Zugleich ein Beitrag im Justizkonflikt mit den USA

von

Dr. jur. Mathias Otto



Verlag C. H. Beck München
1993

Inhalt

Abkürzungen	XIII
Literaturverzeichnis	XIX
1. Kapitel: Einführung	1
I. Wirtschaftliche Gegebenheiten	1
II. Der prozessuale Durchgriff als Teil des Justizkonflikts mit den USA	2
2. Kapitel: Das amerikanische Zuständigkeitsrecht – Hintergründe	5
I. Grundsätzliches	5
1. Zuständigkeit und „jurisdiction“ – Begriffsklärung	5
2. Geschichtliche Ausgangslage	8
II. Die streng territoriale Anknüpfung der Zuständigkeit	10
1. Pennoyer v. Neff als Grundlage: Zuständigkeit durch Zustellung	10
2. Das Problem der Zuständigkeitsbegründung über juristische Personen	14
a) Das Wesen der juristischen Person	14
b) „Consent“	17
c) „Presence“	19
d) „Doing business“	22
3. „Transacting business“: die Absenkung der Zuständigkeitsschwelle im Kartellrecht	23
4. Die Neuorientierung nach International Shoe v. Washington	25
a) Anknüpfung an „minimum contacts“	25
b) „Long-arm statutes“: die Ausfüllung von International Shoe	29
c) Die alleinige Maßgeblichkeit von „minimum contacts“	33
III. Anerkannte Mindestkontakte – eine Bestandsaufnahme	35
1. Besondere Zuständigkeiten aus den long-arm statutes	35
a) Eintritt eines schädigenden Ereignisses	35
b) Geschäftstätigkeit („transacting business“)	40
2. Allgemeine Zuständigkeiten aus der Zeit vor International Shoe und ihre Problematik	42
a) Allgemeines	42
b) Nachhaltige Geschäftstätigkeit („doing business“)	43
c) Anwesenheit	48
3. Kapitel: Der Zuständigkeitsdurchgriff im amerikanischen Recht	50
I. Erste Gehversuche mit Pennoyer v. Neff	50
II. Die klassischen Ansätze in der Gegenwart	53
1. Allgemeines	53
2. Nachweis fiktiver Trennung	54
3. Nachweis eines agency-Verhältnisses	55
4. Nachweis einer Unternehmenseinheit aus Mutter- und Tochtergesellschaft	57
III. Für eine Neuorientierung am Maßstab von International Shoe	66
1. Die Problematik der bisherigen Ansätze	66
a) Unvollständige Erfassung von Cannon v. Cudahy	67

b) Übertragung von Modellen des Haftungsrechts auf das Prozeßrecht . . .	68
c) Keine Parteifähigkeit des Konzerns selbst	69
d) Die juristische Person als Kunstfigur des Rechts ihres Gründungsstaats	70
2. Cannon v. Cudahy: ein überholtes Dogma	74
a) Die Sonderentwicklung im Kartellrecht (U. S. v. Scophony)	74
b) Die Neubestimmung bundesgerichtlicher Kompetenzen (Erie v. Tompkins)	76
c) Die Neubestimmung des Zuständigkeitsmaßstabs (International Shoe v. Washington)	78
3. Kontrolle über die Forumtochter als minimum contact der Muttergesellschaft	79
4. Kapitel: Der Zustellungsdurchgriff im amerikanischen Recht	83
I. Die Bedeutung der Zustellung	83
1. Loslösung der Zustellung von der Zuständigkeit	83
2. Die Entwicklung zur privaten Zustellung	86
3. Das Nebeneinander von bundes- und einzelstaatlichen Regelungen	87
II. Durchführung der Zustellung	89
1. Die Abhängigkeit vom Ort der Zustellung	89
a) Grundfall: Zustellung im Forumstaat	89
b) Zustellung in einem anderen US-Bundesstaat	90
c) Zustellung außerhalb der USA	90
d) Der Einfluß des Haager Zustellungsübereinkommens	92
2. Zustellung an juristische Personen	95
a) Durch Vertrag oder Gesetz ernannte Vertreter	96
b) „Officers, managing or general agents“	97
III. Analyse des Zustellungsdurchgriffs	100
1. Parallelen zwischen Zuständigkeit und Zustellung	100
2. Ansätze	101
a) Unternehmenseinheit	101
b) Agency	103
c) Kritische Würdigung	105
3. Die Vereinbarkeit mit dem HZÜ	109
a) Der Fall VW v. Schlunk	110
b) Der Anwendungsbereich des HZÜ	111
c) Vergleich zur remise au parquet	113
d) Ausblick	117
IV. Der Einfluß auf das weitere Verfahren	118
1. Eintritt der Rechtshängigkeit	118
2. Unterbrechung von Verjährungsfristen	120
3. Die Einlassungsfrist	122
4. Übersetzung der Klageschrift	123
5. Kapitel: Der Zuständigkeitsdurchgriff im deutschen und im EG-Recht	125
I. Die Gerichtsstände der ZPO: long-arm statutes made in Germany	125
1. Inlandsbezug als völkerrechtliche Voraussetzung?	125
2. Anknüpfungspunkte der internationalen Zuständigkeit in der ZPO	129
3. Exkurs: Die Zuständigkeit in Kartellverfahren	134

II. Der Zuständigkeitsdurchgriff im deutschen Zivilprozeß	135
1. Die inländische Gesellschaft als Niederlassung (§ 21 ZPO)	135
a) Vergleich mit dem doing / transacting business test	135
b) Der Begriff „Niederlassung“	137
c) Parallele Entwicklungen im Bereich völkerrechtlicher Konventionen . .	141
(1) Art. 5 Nr. 5 EuGVÜ	141
(2) Art. 28 I WA	145
2. Die inländische Gesellschaft als Vermögen (§ 23 ZPO)	146
a) Die Problematik des Vermögensgerichtsstands	147
b) Der Begriff „Vermögen“	149
c) Die Belegenheit des Vermögens	149
III. Die Zuständigkeit in Kartellverwaltungssachen: zwischen Unternehmens-	
einheit und Auswirkungsprinzip	152
6. Kapitel: Der Zustellungsdurchgriff im deutschen und im EG-Recht . .	157
I. Überblick über das Zustellungsrecht von ZPO und VwZG	157
1. Allgemeines	157
2. Die Zustellung als Hoheitsakt	158
3. Die Durchführung der Zustellung	160
II. Probleme bei der Auslandszustellung und der öffentlichen Zustellung	163
III. Ansätze für den Zustellungsdurchgriff im deutschen Recht	167
1. Die inländische Gesellschaft als Generalbevollmächtigte (§§ 173 ZPO,	
8 VwZG)	167
2. Die Räume der inländischen Gesellschaft als Geschäftslokal der ausländi-	
schen Mutter (§§ 183, 184 ZPO, 11 III, IV VwZG)	170
IV. Die abnehmende Bedeutung des Zustellungsdurchgriffs im Europäischen	
Kartellrecht	174
7. Kapitel: Rechtsvergleichende Schlußbetrachtung	178
Anhang: Gesetzes- und Abkommenstexte	185
1. USA	185
2. Bundesrepublik Deutschland	189
3. Europäische Gemeinschaften	190
4. Haager Zustellungsübereinkommen (HZÜ)	192
5. Warschauer Abkommen (WA)	193